

II- 83 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs. 3. JUNI 1970 No. 65/J

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. WITHALM, Dr. KOREN, GRAF  
und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte  
Unternehmungen,  
betreffend die Verhinderung einer Fusion von ÖMV und ÖSW

Abgeordnete der ÖVP haben am 20. Mai 1970 eine schriftliche  
Anfrage an den Herrn Bundeskanzler (33/J) betreffend die  
Verhinderung der Fusion von ÖMV und ÖSW gerichtet.

Da die Antwort des Bundeskanzlers noch aussteht, der von  
der ÖIG vorgesehene Fusionstermin - der 30. Juni auf der  
Basis einer Fusionsbilanz vom 1. Jänner 1970 - immer näher  
rückt, sehen sich die unterzeichneten Abgeordneten gezwungen,  
den zuständigen Bundesminister diesmal dringlich zu inter-  
pellieren, obwohl die geschäftsordnungsmäßige Frist zur Be-  
antwortung der Anfrage vom 20. 5. noch offen ist.

Die Frage der Fusion dieser beiden Unternehmen ist für den  
Chemiebereich eine derart entscheidende, die stattgehabte  
Vorgangsweise zur Verhinderung dieser Fusion eine derart be-  
denkliche, daß für die unterzeichneten Abgeordneten die Not-  
wendigkeit besteht, die Angelegenheit im Parlament zu erörtern  
und auf die Unterschiede sozialistischer Agitation vor der  
Wahl und reaktionärer Industriepolitik nach der Wahl vom  
1. 3. 1970 hinzuweisen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1.) Beruhen die Meldungen über eine Konferenz sozialistischer Vertrauensleute vom 14. Mai 1970 und den dort gefaßten Beschluß, die Fusion zwischen den Linzer Stickstoffwerken und der ÖMV platzen zu lassen, auf Wahrheit?
- 2.) Stimmt es, daß der Bundeskanzler an den Beratungen teilgenommen hat und den Vorsitz führte?
- 3.) Welche sozialistischen Regierungsmitglieder nahmen daran teil?
- 4.) Wer waren die weiteren Teilnehmer dieser Konferenz?
- 5.) Was für eine Zuständigkeit hatte diese Konferenz?
- 6.) Ist Ihnen bekannt, daß ordnungsgemäß gefaßte Beschlüsse der zuständigen Organe der ÖIG vorliegen, eine Fusion zwischen ÖMV und ÖSW durchzuführen?
- 7.) Haben Sie die zuständigen Organe der ÖMV und ÖSW sowie der ÖIG mit einer sozialistischen bzw. Regierungsmeinung durch diese "Rätekonferenz" parteipolitisch präjudiziert?
- 8.) Sind Sie nicht der Meinung, daß die notwendige rasche Lösung einer petrochemischen Verarbeitung der Raffinerieprodukte in internationaler Kooperation durch die angebliche Zurückstellung des Funktionierungsprozesses der österreichischen Öl-Chemie gefährdet wird?
- 9.) Wann werden Sie die zuständigen Organe der ÖIG mit den Ergebnissen Ihrer Konferenz "sozialistischer Experten und Interessenten" befassen?
- 10.) Sehen Sie nicht einen Widerspruch zwischen sozialistischen Erklärungen v o r der Wahl über die Notwendigkeiten moderner Industriepolitik in Österreich (nachzulesen in den Programmen der SPÖ) und den Erkenntnissen dieser "Rätekonferenz" n a c h der Wahl?

In formeller Hinsicht wird beantragt, dem erstunterzeichneten Abgeordneten Gelegenheit zur Begründung dieser Anfrage zu geben und hierauf gemäß § 73 der GO eine Debatte über den Gegenstand abzuführen.